

Der Arbeiter Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmönatlich 1 Mark einschließlich Belegerlohn, bei Selbstabholung
30 Pfennig. Erhöht wöchentlich 10 Pfennig und zwar mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von uns bezogenen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter
Tageblatt, Raut Weber, C. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft: Kurt Wollenberg, für
den lokalen Teil Wilhelm Kindebrand, für Bekleidungs- u. Interests: Karl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und
Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kleinanzeile 40 Pfennig, auswärts
50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende Leseschein. Für die Aufnahme von Anzeigen
an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden.
Anzeigen-Ankündigungen in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Geschäftszeiten
Wagelerweg 49/25 und Volksbuchhandlung (Zeitungsbau) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 54

Donnerstag, den 5. März 1931

6. Jahrgang

Kultur ist Volkswohl.

Dr. Löwenstein entwickelt vor dem Reichstage die Kulturpolitik des Sozialismus.

Berlin, 4. März. (Gf.)

Präsident Lohé eröffnet die Mittwochs-Sitzung des Reichstages mit einem Nachruf für den verstorbenen Geheimrat Dove, der von 1912-1918 Reichspräsident des Reichstages war. Die Abgeordneten ehren das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Dann legte der Reichstag die zweite Beratung des Haushaltsplanes des Reichs in einem Einleitungsbericht vor.
Der volkswirtschaftliche Abgeordnete sagte, dass die Reichsreform vor der Wahlreform gemacht werden müsse. Er sprach sich für das Verbot des Remarque-Films aus. Derselben Standpunkt nahm der Landvolksabgeordnete Freyler von Thüringen ein, der auf sozialdemokratische Juristen freilich bekennen musste, dass er den Film überhaupt nicht gesehen hat. Es sei, so sagte er, ein anti-deutscher Gehälter, der den Krieg einseitig darstelle. Das deutsche Volk brauche sich einen solchen Film nicht gefallen zu lassen. Der kommunistische Abgeordnete Ziegler sagte sich mit dem Reichsminister des Innern Dr. Brüch auseinander wegen dessen Angriff auf die kommunistische Kulturpolitik. Er bereitete dem Reichsminister inoffiziell einige unangenehme Minuten, als er aus Kunstgesprächen der Wirtschaftlichen Zeitschrift „Die Republik“ Stellen zitierte, die zweifellos in literarischen Kreisen als große kulturpolitische Ausschreitungen bewertet werden könnten. Die Abgeordnete Frau Langemann von der Bayerischen Volkspartei bekennt sich ebenfalls zu dem Verbot des Remarque-Films. Auch forderte sie härtere Bestimmungen von Schuld und Strafe und ein hartes Reichsbücherverbot. Dann wollte ihr launischer Gemütszustand gegen alle Wäre auf Reichsreform über. Inzwischen wandte sie sich gegen die Abgeordneten Sellmann (Soz.) und Ritz (Dd.), die sie für ganz gefährliche Feinde Bayerns und Freunde eines Einheitsstaates hält.

Selten erlebt der Reichstag inmitten der politischen und sachlichen Debatten eine Stunde, in der ein Redner seine Zuhörer zu den Höhen menschlicher Kulturpolitik erhebt. Eine solche Stunde aber verpackte in dieser Haushaltsberatung dem deutschen Reichstag der sozialistische Vorkämpfer

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.).

Er ist kein volkstümlicher Redner, aber die Feinheit seines Stils und die Tiefe seiner Gedankenwelt nehmen jeden, auch den unerschöpflichen politischen Gegner gefangen. Löwenstein wandte sich zu nächst gegen den von den Christlichsozialen eingebrachten Entwurf des Reichsbücherverbotes. Gemäß ertritten auch die Sozialdemokraten die baldige Verabschiedung eines solchen Gesetzes, aber im letzten Reichstag ist keine Mehrheit, die auf der Grundlage des unmaßgeblichen Bücherverbotes bereit ist, Verhandlungen über ein Reichsbücherverbot zu führen. Der Hauptteil des Löwensteinschen Vortrages bezieht sich auf den Schlagwort

Kultursozialismus

und der marxistischen Gedankenwelt. Wir wollen in einigen Sätzen, worin die sozialistische Rede flüchtig ist.
Schlagworte wie Kultursozialismus sind nur geeignet, anstatt des geistigen Ringens und Schaffens lehrerfahriges Kulturfunktorien aufzurufen und deren das Spiel zu erleichtern, die den Geist durch Angst erschrecken wollen und müssen. Auf dem Gebiete des Weltanschaulichen gibt es keine verfassungsmäßigen Vorrechte.

Es gibt kein staatliches Kirchenmonopol mehr und der religiöse Mensch wie der Freireligiöse haben im Rahmen der verfassungsmäßigen Bestimmungen das gleiche Recht der Entfaltung, der Propaganda und der Organisation. Die Religionsgesellschaften sollten dem Freireligiösen gegenüber ein höheres Maß von Großzügigkeit und Duldsamkeit zeigen.

Die Anhänger der Religion sollten die Großzügigkeit des Weltanschaulichen haben; sie haben eine Reihe Vorrechte, die die Verfassung ihnen gewährt. Sie haben eine alte Kultur, eine Menge Angehöriger ihrer Bewegung, staatliche Unterstützung und Hilfe nach jeder Richtung hin. Aber auch das Freireligiöse war in der Vergangenheit ein gewaltiger Hebel des Kulturfortschritts, und es vermag sich in der Gegenwart nicht in kulturwürdigen Rohstoffen, die wir mit Ihnen zurteilen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die sogenannte antimarxistische Front

Es hier von den Richtern zweier Mittelparteien abgelehnt worden. Es ist verhängnisvoll, daß sie nicht mit der Hitler-Hugenberg'schen Antimarxistenfront gehen wollen, die

mit Sememord, mit Bruch des Ehrenworts

und anderen Mitteln gleichen Werkes arbeitet. Aber die bürgerlichen Parteien selbst haben die Sauteine zu dieser Antimarxistenfront gestellt. Keine Tagung der Volkspartei, auf der nicht ein Fortschritt einer Vortrag gegen den Marxismus für seine höchste Aufgabe hält. Keine Veranstaltung der Deutschen Volkspartei, ohne daß man sich durch das Bekanntnis zum Antimarxismus die Eintrittskarte zum nationalen Salon zu erwerben strebt. (Sehr gut! bei den Soz.) Sie werden verstehen, daß wir mit dem eine starke Marxistenfront entgegenstellen.

Nichts hat den Marxismus so genützt, wie diese antimarxistische Front.

Wenn die Herren um Dreißig gegen den Marxismus polemiert, dann wissen die Arbeiter ganz genau: das ist das Aufgehören der Krämerleihe gegen die Genossenschaft! (Veh. Zustimmung links.)

Das Gerede gegen den Marxismus ist die theoretische Einleitung für Lohnraub, Sozialraub und Abbau der öffentlichen Wirtschaft.

Der Marxismus ist uns nicht Dogma, sondern die Theorie der Arbeiterklasse und hat der Arbeiterbewegung Richtung und Ziel gegeben. Die Bürgerlichen bleiben auch in ihrem Idealismus die Weselnden und die Verleugner dieses Besten. Die Einsicht der Arbeiter aber, daß ihre Not System ist, trägt die einzelnen Arbeiter über sich hinaus. Die Einsicht, daß das System änderbar ist und daß die Arbeiter es ändern können, macht die Arbeiter zu Kämpfern, macht ihnen die Veränderung dieses Systems zur höchsten Pflicht. Wir fördern bei unserer Jugend nicht den Radikalismus, sondern den Mangel an weltlichen Aufgaben und Verantwortung. Der kommunistische Redner hat den „18. Brumaire“ von Karl Marx zitiert und auf die Gegenwart angewendet. Aber die Arbeiterklasse im 20. Jahrhundert ist eine andere als im 18. und in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Die Arbeiterklasse hat inzwischen den Weg von der Schwärmererei zur Klarheit zurückgelegt und erkannt, daß ihr Schicksal das Schicksal der Menschheit ist. Wir fördern es den Arbeitern, die Tag aus Tag ein leben. Das ist unser Ziel. Ihre Zeit, ihre Bergangenheiten, ihren Ideal offen. Um der marxistischen Lehre zu dienen, einmal öffentlich zu sagen, weshalb der gesellschaftliche Idealismus eben der Marxismus ist. (Veh. Beifall und Händelklatschen der Soz.)

Löwenstein wandte sich dann der Überlieferung unserer

Hochschulen

zu und sagte: Trotz dieser Überproduktion an Akademikern werden wir dennoch nicht darauf verzichten können, den Arbeiterkindern den Weg zu den Universitäten und den Hochschulen zu öffnen.

Nur zwei Prozent der Schüler sind Arbeiterkinder.

Wie die Arbeiterklasse das politische Monopol gebrochen hat, wie sie das wirtschaftliche Monopol des Besitzes an Produktionsmit-

tern gebrochen wird, so kann und wird sie auch das Bildungsprivileg der bestehenden Schichten aufheben. Der Aufstieg des einen oder anderen begabten und würdigen Arbeiterkindes ist ein Akt der Arbeiterklasse will ihr Recht.

Das neue Schuljahr fordern wir

(sowohl zur Entlastung des Arbeitsmarktes um rund 600 000 junge Menschen, als auch zur Befreiung des fürperlichen Zustandes, in dem heute so viele Schünlinge im Erwerbsleben treten müssen. Selbstverständlich muß bedürftigen Eltern ein materieller Ausgleich dafür geschaffen werden, wie das englisch Labour-Partei und ihre Regierung in vorbildlicher Großzügigkeit getan haben. Wir fordern auch wieder, wie wir schon vor drei Jahren beantragt haben, eine

dauernde Ausbildung für die Erwerbslosen.

Die dafür benötigten 18 Millionen dürfen nicht zerstückelt, sondern müssen durch Initiative des Reichsinnenministeriums unter Heranziehung der Gewerkschaften und Kulturorganisationen planmäßig verwendet werden. Auf diese Weise werden wir die Arbeitslosigkeit nicht abschaffen, aber den Arbeitslosen die Kraft geben, die nicht nur gefährlich, sondern die verarmungsbedingte Hand anlegt, vielmehr im Gehalten an eine andere Welt, aber jedenfalls im Bewußtsein der Verantwortung. (Anhaltender lebhafter Beifall und Händelklatschen der Soz.)

Die Kommunisten bringen einen Vertrauensantrag gegen den Reichsinnenminister ein.

Abg. Hofmann-Ludwigswalden (Dd.) empfiehlt Überleitung des Schulansatzes an den Bildungsausschuß. Ein Reichsbücherverbot, das Gewissensfreiheit und Elternrecht wagt, muß endlich kommen. Die Turn- und Sportbewegung der Jugend soll noch mehr gefördert werden.

Die Beiprechung wird abgebrochen. — Aus persönlichen Bemerkungen des Abg. Ziegler (Komm.) und des Oberregierungsrates Semar vom Reichsinnenministerium ergibt sich, daß die Oberministerielle auf Verlangen der württembergischen Regierung 1928 den Film „Kaiserlicher Potemkin“ nochmals geprüft, ihn aber ohne Kürzungen freigegeben hat.

Nach 19 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 15 Uhr vertagt.

Friede in Indien.

Seit ihrem Antritt im Juni 1929 hat die englische Arbeiterregierung auf innerpolitischem Gebiete eine Reihe von Enttäuschungen, aber auf außenpolitischem Gebiete eine Reihe von großen Erfolgen erlebt. In dem gleichen Augenblick, in dem sich die Lage in England ernsthaft zuspitzt, besonders infolge der liberalen Sabotage an der Gewerkschaftsfrage, kann die Regierung Macdonald auf zwei bedeutsame Erfolge außerhalb des Mutterlandes hinweisen: die Flottenvereinigung mit Frankreich und Italien ist perfekt und, was für das Britische Weltreich von noch viel größerer Wichtigkeit ist, auch in Indien ist der Friede geschlossen.

Die am Mittwoch befestigte Einigung zwischen Ghandi und dem Bizekönig Irwin ist ein wahrer Triumph der Staatskunst der englischen Labour-Regierung. Nach vor einigen Monaten konnte es scheinen, als ob sich die Gegenkräfte der kommunistischen Bewegung in Indien und der britischen Wacht so hoffnungslos gegenüber hätten, daß nur noch ein Kampf auf Tod und Leben übrig blieb. Unter Führung Ghandis war ein großer Teil des indischen Kleinrentiers in offenem Aufbruch gegen die britische Verwaltung. Der Kampf durch Boykott und Geleitzüberleitung wurde von Ghandi proklamiert, überall fanden blutige Krawalle statt. Tausende füllten die Gefängnisse, Hunderte fielen im Kampf, Zehntausende wurden verurteilt, an den Grenzen gab es regelrechte bewaffnete Aufstände. Mit einem Wort: die Zeit der tiefengroßen, aufsehenerregenden, gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen Großbritannien und seiner wertvollsten, unentbehrlichsten Kolonie schien gekommen zu sein. Sie wäre zweifellos gekommen, wenn in diesem Augenblick eine konservative Regierung in London am Ruder gestanden wäre.

Aber jetzt ist die britische Regierung von Ghandi und sein Minister für Indien Woodhead von Seiten Irwins Kopf. Sie hielten an dem Gedanken der „Konferenz an Runden Tisch“ fest, die sie verprochen hatten und die den Weg für die allmähliche Erhebung Indiens zu einem Dominion mit weitgehender Unabhängigkeit ebnete. Als Grundlage sollte der Bericht der Simon-Kommission dienen. Der Bericht erschien, und er erwies sich als ungenügend, um einen politischen Erfolg der Konferenz zu ermöglichen. Kurz entschlossen ließ Macdonald den Bericht beiseite und gab der Konferenz freie Hand. Auf der einen Seite tobten die Konferenzen, denen jetzt der Simon-Bericht die zu weit ging und die für eine Politik von „Blut und Eisen“ Stimmung machten. Auf der anderen Seite erklärten die indischen Nationalisten unter Führung des im Gefängnis sitzenden Ghandi, daß die Londoner Kon-

ferenz zwecklos und aussichtslos sei und daß sie nicht beizubehalten werden. Macdonald ließ sich nicht beirren. Die Konferenz fand sich zur Teilnahme bereit.

Dant der von sozialistischer Gesinnung getragenen Bereitwilligkeit der Labour-Regierung zu Konzeptionen kam die Konferenz innerhalb weniger Wochen zu einem positiven Ergebnis. Bergbesen verurteilte der Eschmacher Churchhill die Defiantität Großbritanniens gegen die Nachgiebigkeit Macdonalds aufzupuffen; selbst Baldwin mußte ihn desavouieren, weil das englische Volk über diesen Ausgang förmlich aufatmete. Bergbesen auch verurteilte die Unentwegtheit in Indien, das Erreichte zu verfeinern. Es war für die indischen Delegierten nach ihrer Rückkehr in die Heimat ein Leichtes, den inzwischen freigelassenen Ghandi davon zu überzeugen, daß die jetzige Regierung Großbritanniens es mit Indien ehrlich meine und daß es ein unerschütterlicher Feind wäre, das Erreichte abzulehnen. Wenige Tage der direkten Verhandlungen zwischen Ghandi und dem Bizekönig haben genügt, um die scheinbar unüberbrückbaren Gegensätze auszugleichen.

Wieder einmal hat bei diesen Verhandlungen die Arbeiterregierung bewiesen, daß sie sozialistisch denkt und handelt. Sie hat keinen hundertprozentigen Erfolg erzielt, sondern weitgehende Konzeptionen an ihren bisherigen erbitterten Gegner gemacht und diesen damit in die moralische Zwangslage versetzt, sich hinterher nachgiebig zu zeigen. Alle kritischen Fragen sind auf diese Weise innerhalb weniger Tage aus der Welt geschafft worden. Der Boykott englischer und fremder Waren wird nicht mehr amüßig bestritten, dafür nimmt Ghandi keinen Beschluß mehr an, der die Behörde ausbrüchlich macht. Die Salzgewinnung aus dem Meer wird nicht mehr unterlegt, das staatliche Salzmonopol bleibt im übrigen aufrecht erhalten. Die Bergangeheit wird ein Schlüsselstück gegeben, eine neue Ära kann beginnen.

Es ist die Bahn frei gemacht für eine allmähliche, friedliche Entwicklung Indiens zu einem völlig unabhängigen Reich. Der ausföhrliche Traum einer gewalttätigen Befreiung Indiens und seiner sofortigen zeitlichen Auflösung vom Britischen Reich, die gar nicht einmal im Interesse der indischen Völker und der übrigen Welt liegen würden, ist vorbei; ebenso aber auch die Gefahr, eines Verzweiflungstempes auf Leben und Tod, wie ihn eine konservative Regierung zweifellos heraufbeschwören hätte.

Der Kampf um die Zukunft Indiens acht selbstverständlich weiter.

Kampf mit Brüning.

Die Sozialdemokratie verlangt Sicherungen.

Die nächsten Wochen werden zeigen, ob sie es sind. Klar sehen wird man voraussichtlich nicht schon heute oder morgen, sondern erst Ende März.

und die Sympathien der internationalen Arbeiterklasse werden den antireaktionären Kämpfen nicht verlagert bleiben. Aber es muß ein evolutionärer Kampf mit friedlichen Mitteln der Aufklärung und der Verhandlung sein. Die Weltfaktoren sind: allgemeine Bewegung im 330 Millionen-Reich mit ihren unabsehbaren Folgen für Indien selbst und für die ganze Menschheit ist durch die zügellose Genuß- und die generelle Geschäftlichkeit der englischen Labour-Regierung vermischt worden. Dafür verdient sie nicht nur den Dank der eigenen Nation, sondern auch aller Menschen guten Willens und fortschrittlicher Gesinnung in familiären Kreisen.

Gandhi verhandelt weiter.

London, 5. März. (Tel.) Gandhi hatte eine vierstündige Unterredung mit dem Staatssekretär für innere Angelegenheiten über die Ausübung des neuen Willkommens einseitiglich für die freigestellten Eigentümern zu erwirken. Die Einzelheiten des Abkommens werden am Donnerstag gleichzeitig im englischen Unterhaus und im indischen Staatsrat bekanntgegeben werden. Die Ausarbeitung der neuen Verfassung für Indien soll so bald wie möglich beginnen.

Verschiedenartige Bewertung.

In England.

London, 4. März. (Fig. Draft.) Die konservative Presse spielt zu dem indischen Friedensschluß Gilt und Galle und sieht in ihrer Verbindung ein großes Unglück und eine Kapitulation Englands. Die liberalen Zeitungen sind sehr feindselig und rühmen die geplante Verhandlungsarbeit der Labour-Regierung. Der „Daily Herald“ steht in der Verbindung und den beiderseitigen Willen zur Befriedigung des auf der Londoner Konferenz begonnenen Wertes. Sowohl Gandhi wie der Bischof verdienen den Dank und das Lob beider Ränder. Das Lebensereignis von Delhi sei ein großer Sieg, nicht für Gandhi und nicht für den Bischof, sondern für das Gemeinwohl.

Das englische Unterhaus wird am Donnerstag über den Friedensschluß informiert werden. — Mit der Londoner Briefe feigen sowohl die indischen Papiere wie die englischen Baumwollzeitschriften.

In Indien.

Bombay, 4. März. (Fig. Draft.) Während es im extrem nationalistischen Lager Indiens Unzufriedene gibt, die den unterzeichneten Friedensschluß beklagen, herrscht Jubel und Freude bei den Massen der Bevölkerung. Gandhi hat die übergroße Mehrheit des allindischen Kongresses hinter sich. Der offizielle Beschluß, der den Ungehörigen gegen die Gehege aufweist, steht bevor. Die Zeitungen beglückwünschen Gandhi und den Bischof und drücken beiden ihre höchste Bewunderung aus. Selbst das zur Regierung gehörende rechtsgerichtete Blatt „Der Staatsmann“ sagt: „Die Zeit nicht kommen, da dieser Friedensschluß als ein ebenso großes Ereignis bemerkt wird, wie der vom 11. Dezember 1915.“ Die unmittelbaren Folgen des Friedensschlusses zeigen sich bereits in einer Besserung des Wirtschaftsmarktes.

Bogkottbewegung in Ägypten.

Kairo, 4. März. (Fig. Draft.) Ermutet durch Gandhis Erfolge in Indien, beschloß ein vom Reich eingeschicktes Sonderkomitee den Boykott aller englischen Waren. Die Erzeugnisse anderer Länder sind ausdrücklich vom Beschluß ausgenommen.

Die Realsteuern.

Der Preussische Landtag

nahm am Mittwoch in zweiter Lesung die Vorlagen über Verlängerung der Gewerbesteuer, die Grundbesitzmögenssteuer und der Hausinspektoren bis 1925 an. Die drei Vorlagen wurden jedoch nicht beraten. Die Gewerbesteuer soll im wesentlichen unverändert verlängert werden. An der Aussprache wandten sich Deutschnationale und Wirtschaftspartei scharf gegen die Gewerbesteuer.

während der Vertreter der Volkspartei die Bestärkung der Kundengemeine der Konsumgenossenschaften und eine progressiv gestaffelte Lohnsumme- und Hilfssteuer für die Großbetriebe forderte.

Vgl. Rautenberg (S. 9)

entwürfe für seine Fraktion die Annahme der Vorlage und die Ablehnung der Oppositionsanträge. U. a. m. es darauf hin, daß die Kritiker der Gewerbesteuer die große finanzielle Notlage der Gemeinden und Gemeinverbände völlig unbeachtet ließen. Schon jetzt zahlten 42 Prozent aller Gewerbetreibenden keine Ertragssteuer und 74 Prozent keine Kapitalsteuer. Den Vorstoß der Volkspartei gegen die Konsumgenossenschaften wies der sozialdemokratische Redner scharf zurück. Im Gegenzug zu anderen Berufsständen hätten die Konsumgenossenschaften nie Subventionen vom Staat verlangt. Sie wollten nur gerechte Behandlung.

Auch bei der Beratung der Grundbesitzmögenssteuer

kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung. Die Rechte lief gegen diese Steuer Sturm. Finanzminister Dr. Hüpper-Schöffing ging in seiner Verteidigung der Vorlage zum Angriff über. Er kennzeichnete das agrarische Streben der Rechtsparteien, möglichst so zu tun, als könnte die Landwirtschaft überhaupt keine Steuern zahlen. Einen Stand aber, der alle Leistungen des Staates auf dem Gebiete des Schulwesens, der Wohlfahrtspflege, des Rechtswesens usw. in Anspruch nimmt, von allen Steuern zu befreien, würde den Zusammenbruch des Staates und damit auch aller seiner Berufsstände bedeuten.

Eine heftige Auseinandersetzung entwickelte sich auch bei der Beratung der

Verlängerung der Hausinspektoren.

Sie war es insbesondere der Zentrumspartei, der die Demagogie der Wirtschaftspartei kennzeichnete und sich mit großer Entschiedenheit gegen die unberechtigten Ansprüche der Hausbesitzer wandte.

Weiterberatung Donnerstag.

Die Schlucker.

Geld und Freitagen befallen die Nazi-Reichsgeschwänger.

Die Kampferhebung des Reichstages hat künftigen nationalsozialistischen Abgeordneten am 1. März die Diktata für den laufenden Monat durch die Post überwiehen. Keiner der Abgeordneten, die nunmehr fünf Wochen den Reichstag schwänzen, hat die Diktata wegen nicht geleisteter Arbeit zurückgeben lassen oder der Kasse des Reichstages gar Anweisung gegeben, sie an erwerbslose Arbeiter zu verteilen.

Der Reichstanzler legte die in den letzten Tagen mit der Sozialdemokratie geführten politischen Besprechungen am Mittwochabend fort. Die für Mittwochnachmittag vorgesehene Fortsetzung der Verhandlungen zwischen dem Reichstanzler und den sozialdemokratischen Unterhändlern fand nicht statt. Auch die für den Abend anberaumte sozialdemokratische Fraktionsversammlung wurde abgelaßt. Anschließend empfing der Reichstanzler den Führer der Volkspartei, Dingeldey, und dann Vertreter des Fraktionsvorstandes des Zentrums. Die Besprechungen werden im Verlauf der nächsten Tage fortgesetzt.

Die Differenzpunkte.

Berlin, 4. März. (Tel.) Die Hinausschiebung der „offiziellen“ Verhandlungen zwischen dem Reichstanzler und der SPD wird in Berliner politischen Kreisen lebhaft kommentiert. Man schließt daraus, daß die Verhandlungen auf ziemlich schwierige Fragen gestoßen sind und daß die Sozialdemokratie, trotz der ersten Abfolge Brünings, auf ihren Forderungen besteht. Sie scheint auch nicht gewillt zu sein, nachzugeben und hofft, offenbar durch eine Art Zermürbungstaktik den Kanzler den sozialdemokratischen Wünschen geneigt zu machen. Man schließt dies vor allem aus einem Kommentar des „Vorwärts“, der zunächst feststellt, daß die bürgerl. Presse zum Teil falsch informiert ist, dann aber sagt, daß zurzeit im Reichstage jede sachliche Entscheidung zu einer politischen Entscheidung von größter Tragweite werde. Vor allem handele es sich darum, ob die Regierung Brünning im Kampf der Sozialdemokratie zur Verteidigung der Demokratie gegen den Faschismus eine unantastbare Barrikade sei, so daß man ihr auch auf höchstem Gebiet Zugeständnisse machen müsse, um ihren Sturz zu verhindern. Vor überflüssigen Beschlüssen ist daher zu warnen, insbesondere wenn sie die Ablehnung sozialdemokratischer Forderungen bedeuten. Die Regierung müsse dafür sorgen, daß nicht aus Konflikten zweiten Ranges politische Krisen ersten Ranges entstehen. Es gäbe keinen Anlaß, die Möglichkeit von Krisen überhaupt zu erörtern, wenn alle beteiligten Faktoren — damit meint der „Vorwärts“ offenbar den Reichstanzler — ebenso vernünftig und verantwortungsbewußt wären wie die Sozialdemokraten.

Ein alter Demokrat gestorben.



Herr Justizrat Dr. Heinrich Dose.

von 1912—1918 Vizepräsident des Reichstages, der langjährige Syndikus der Handelskammer Berlin, ist im Alter von 77 Jahren gestorben. Dose's ausgezeichnete juristische Schriften über Handels- und Börsengesetz, sowie das internationale Privatrecht haben ihm einen hervorragenden Namen in der Rechtslehre geschaffen.

Dem Reichstage gehörte Heinrich Dose seit 1902 an und zwar für den Wahlkreis Mittelnberg-Schweinitz (Prov. Sachl.). Als sich die „Freiwilligen in „Freiwiliger Vereinigung“ und „Freiwiliger Volkspartei“ spalteten, schloß sich Heinrich Dose zu der letzteren Richtung, welche hauptsächlich die intellektuellen Elemente der Demokraten umfaßt. Nach der Fusion trat er mit zur fortschrittlichen Volkspartei über und war auch später einer der Gründer der demokratischen Partei. Nebenbei war Heinrich Dose einer der anständigen Demokraten, deren Gedächtnis auch das Proletariat stets in Ehren halten wird.

Minister-Krise in Lettland.



Die lettische Regierung Jelminsk mußte zurücktreten, da sie keine Aussicht hatte, im Parlament eine Mehrheit für ihr Wirtschaftsprogramm zu finden. Ihr ist die Haltung in der Rigauer Domäne zum Verdächtigungsgegenstand geworden, da die Rigauer, denen die Rigauer genommen worden ist, die Befehlshaber im Parlament auflösen. Die obigen Bilder zeigen links den zurückgetretenen lettischen Ministerpräsidenten Jelminsk, rechts den vorausgesetzlichen neuen Regierungschef Ulanovs.

Parlamentarismus in Amerika.

Washington, 4. März. (Fig. Draft.) Der 71. Bundestag wurde am Mittwoch-Mittag nach Erledigung wichtiger parlamentarischer Arbeiten geschlossen. Die Einmündungsvorlage, die für die beiden nächsten Jahre eine Verminderung der überseeischen Einmündung vorläßt, wurde nicht verabschiedet. Der neu gewählte 72. Bundestag wird erst im Dezember zusammenkommen.

Wehretat und Panzerkreuzer.

Berlin, 5. März. (Tel.) Das „Berliner Tageblatt“ erklärt, sollen am heutigen Donnerstag die Verhandlungen zwischen dem Kanzler und den Vertretern der SPD. fortgesetzt werden, die am Mittwoch unterbrochen worden seien, da der Kanzler an einer Vorabklärung der Zentrumsvorlage habe teilnehmen wollen. In politischen Kreisen nehme man an, daß die Entscheidung über die mit dem Wehretat zusammenhängenden Fragen noch längere Zeit auf sich warten lassen werden. Am Freitag werde deshalb der Wehretat frühestens Ende der kommenden Woche zur zweiten Lesung kommen.

Aberhand Drögen an die Sozialdemokratie.

Die deutschnationale „Vorzeitung“ behauptet, daß der Wehretat kein Handelsobjekt sei. Die Regierung habe genug Mittel und Wege, um im Sinne ihres vom Reichspräsidenten erteilten Auftrages auch ohne Parlament das Erforderliche zu veranlassen. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ schreibt, die Sozialdemokratie werde einsehen müssen, daß die Dinge, die sie jetzt, so wie es was es wollte, zu erlangen lüch, unerreicherbar seien. Selbst Erprellung könne da nichts nützen. Reichstanzler Dr. Brüning habe bisher nicht zu erkennen gegeben, daß er irgendwas an der Gesamtspolitik seines Kabinetts ändern wolle. Der Reichstanzler sei heute in der sehr viel besserem Lage, den Sozialdemokraten mit sehr unermesslichen politischen Konsequenzen drohen zu können, falls sie ihr Sonderinteresse dem Gesamtinteresse voranzustellen suchten, das die konsequente Fortsetzung einer opferreichen, aber notwendigen und schließlich gegenwärtigen Politik bis zum guten Ende erfordere. Der Ausgang des Kampfes könne demnach nicht ungewiß sein. Die Art des Ablasses sei eine Frage der Nerven. Besonders das Ausland solle sich vor dem Trugschluss hüten, daß die Dinge in Deutschland irgendwie „ins Aussehen“ kommen könnten.

Curtius redet in Wien.

Wien, 4. März. (Fig. Draft.) Der zurzeit hier weilende Reichsaussenminister Dr. Curtius veranlaßte am Mittwoch in der deutschen Gesellschaft einen Briefe-Empfang, in dessen Verlauf er sich über seinen Besuch in Wien und die deutsche Politik äußerte.

Curtius führte u. a. aus, daß die Reparationsfrage nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten gelöst werden könne. Das deutsche Volk sei zu jeder Mitarbeit an der Lösung der Weltwirtschaftskrise bereit. Vor allem wolle es die wirtschaftlichen Bande und alle anderen Beziehungen zu dem österreichischen Bundesland immer inniger gestalten. Deutschland fordere vom Weltverband eine allgemeine Abrüstung, ohne die eine Zusammenarbeit der Völker nicht möglich sei. Das gleiche Recht auf Sicherheit sei für Deutschland nicht nur ein relatives, sondern ein absolutes Recht.

Der Hitler-„Sieg“ in Braunschweig.

Die Nazis und Hugenbergler haben keine Mehrheit mehr.

Braunschweig, 4. März. (Fig. Draft.) Die bürgerlich-nationalistische Regierung Süßers hat am Freitag bei nach den letzten Ergebnissen der Kommunalwahlen im Lande Braunschweig keine Mehrheit mehr. Die Addition aller abgegebenen Stimmen ergibt, daß, falls am Sonntag eine Landtagswahl stattgefunden hätte, die Sozialdemokratie wie bisher 17, die Kommunisten aber drei statt zwei Mandate hätten. Damit ist die bürgerlich-nationalistische Mehrheit im Lande Braunschweig gebrochen. Die Nationalsozialisten haben also keine Ursache, über das Wahlergebnis zu triumphieren. Fünf Monate haben genügt, um die Stimmung in Braunschweig umzuwälzen zu lassen.

Gewinne und Verluste.

Die Nazis haben am Sonntag im Lande Braunschweig fast tausend Stimmen gewonnen. Dafür aber haben die bürgerlichen Witen 233 Tausend Stimmen verloren. Der „Sieg“ vom Sonntag steht so aus:

	1.331	14.030
Sozialdemokraten	118.087	(126.908) — 15.906
Nationalsozialisten	84.812	(83.897) + 1.215
Kommunisten	26.258	(21.316) + 4.937
Bürgerliche Witen	59.603	(83.176) — 23.573

Tendenzielle Aufstellungen.

Braunschweig, 4. März. (Fig. Draft.) Das hatantheilige Wolff-Büro hält im Reich die Nachricht verbreitet, daß bei den Gemeindevorwahlen von den 18 braunschweigischen Landkreisen 9 und zwar Harburg, Mansfeld, Ganderheim, Helmstedt, Holzminden, Königslutter, Schöppenstedt, Seesen und Wolfenbüttel eine rein nationalsozialistische Mehrheit erhalten hätten. Daran ist kein wahres Wort. In Wirklichkeit stellen in allen den aufgeführten Städten die Nazis nur eine verschwindende Minderheit dar. Es ist nicht einmal sicher, ob die bürgerlichen Parteien gewillt sind, mit ihnen zusammen eine Mehrheit einzugehen.

Zur Lage in Spanien.

Keine Hoffnungen der Revolutionäre.

Madrid, 5. März. (Fig.) Die Regierung läßt die in den letzten Tagen verbreitete Nachricht über die bevorstehende Hoffentsetzung sämtlicher politischer Gefangenen bemerken. Eine überartige Entlassung komme bis auf weiteres nicht in Frage. Ueberhaupt habe die Regierung sich mit der Sache noch gar nicht befaßt.

Eine neue Partei.

Madrid, 5. März. (Fig.) In Madrid wurde eine neue Partei mit dem Ziel gegründet, die unpopulären Elemente in liberalen und konservativen Kreisen zu sammeln. Führer der Bewegung ist Cambo. Er bezeichnet die neue Partei als „monarchisch-katholisch und konstitutionell“. Sowohl die Diktatur als auch die Wiederkehr der vor 1923 herrschenden Zustände werden abgelehnt. Ertritte werden soll eine völlige Reform des Staatswesens und zwar vor allem in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht.

Belegel. Der neue Präsident des Danziger Senats, Dr. Ziem, ein Deutschnationaler, hat sich in Genf beim Völkerverbandssekretariat vorgestellt. Nach Ziemens eigener Beschreibung erklärte er der Presse, daß der Weltkongress ein Vertrauen zum Hitler- und gestützt habe. So geht es den Deutschnationalen, wenn es mal selber in das Getriebe hineinfaßt.

WERNIGERODE

Provinz schafft Arbeit!

Sitzung des Provinzialausschusses Merseburg, 4. März.

Wo bleibt der zweite Mann?

Von allen Seiten prescht's heran. Das trampelt dir durchs beste Beet Das jämber dir die Bude an. Das glaubt wohl gar, du pennst, Profet!

Wie lang noch schaust du zu, Profet? Wie lang noch darfst du der Spat, Der sich in allen Winden bläst? Wann spricht du endlich: „Halt! Genug!“

Zeig' ihnen, daß du machst, Profet! Esam! alle beide Kräfte an! Zeig' ihnen, daß es vorwärts geht! Got du dir her den „zweiten Mann“!

Und wird ein dritter, vierter draus, Je mehr dein Kampfpreis wächst, Prolet. Je schneller ist der Rekrut aus! Du wirst schon sein: Es geht! Es geht! Drum an die Arbeit, drauf und dran, So hart und schwerlich sie auch ist! Kompfurl: „Wo bleibt der zweite Mann?“ Gib zu die Antwort, Sozialist!

Öster Böhre.

An ihren Früchten sollt ihr erkennen... An ihren Früchten sollt ihr erkennen! Mit diesen Worten schloß der Gen. Pfütz-Berzig seine Ausführungen im städtischen Saal... Die Botschaft der Kirche gegen sich, die aber alle nicht in der Lage waren, seine Ausführungen zu enträsten.

Das große Cost! In der Mittwoch-Admittungszeitung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde am Nummer 141 328 das große Cost (500 000 M.) gezogen...

Arbeitsbeschneidung in Steuerrecht... In der Rotenordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 ist bestimmt, daß die Einkommensteuer...

Arbeitsbeschneidung in der Steinbrüche... In der Gruppe Sieder, zu der eine Reihe von kleinen Steinbruchbesitzern gehört, die Beschäftigung bis auf wenige Leute ausgespart...

Der Provinzialausschuß hat am 4. März in seiner zu Merseburg abgehaltenen Sitzung noch eine Reihe von Vorlagen für den am 17. März zusammenzutretenden Provinziallandtag beraten...

Beteiligung am Bau der Zillertalwasserleitung bei Wernigerode... festgelegt, nach der sich der Provinzialausschuß am Talsperrenbau mit einem Baukostenaufschlag von 250 000 Mark für die Schaffung eines Hochwasserüberflusses beteiligen soll.

Bauschaffen für die Tangermünder Eldebrücke... geht dahin, daß die Provinz einen Kofenbetrag von 1 600 000 M., sowie die Verzinsung und Tilgung von 725 000 M. Darlehen aus der verstärkten Förderung der Ermerbolungsfürsorge übernehmen soll.

Die Provinzialausschüsse für die Pferde und Schafe in der gleichen Höhe wie im Vorjahre festgesetzt; die Umlage für Kinder... der Provinzialausschuß hat die Viehbesitzern...

Der Provinzialausschuß hat die Viehbesitzern... die nächste Viehbesitzern am kommenden Mittwoch ein modernes Stück Vieh...

Der Provinzialausschuß hat die Viehbesitzern... der Provinzialausschuß hat die Viehbesitzern...

Der Provinzialausschuß hat die Viehbesitzern... der Provinzialausschuß hat die Viehbesitzern...

Der Provinzialausschuß hat die Viehbesitzern... der Provinzialausschuß hat die Viehbesitzern...

Der Provinzialausschuß hat die Viehbesitzern... der Provinzialausschuß hat die Viehbesitzern...

Der Provinzialausschuß hat die Viehbesitzern... der Provinzialausschuß hat die Viehbesitzern...

Der Provinziallandtag... wird die Wahl von zwei Direktoren von Bundesheimatstellen vorzunehmen haben...

Gegen die Einstellung der Arbeiten am Mittellandkanal... Die Pressestelle des Landesbauamts gibt folgende Entschlie- fung des Provinzialausschusses bekannt:

Der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen hat als Mittel- lation der Tagespresse von Beiträgen Kenntnis erhalten, nach welchen von den für den Bau des Mittellandkanals im Haushalt des Reichsverkehrsministeriums vorgesehenen Mitteln ein Betrag von 15 Millionen Mark getrieben werden soll.

Der Provinziallandtag und der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen haben in wiederholten Entschlüssen während der letzten Jahre unter Bezug auf die bestehenden Staatsverträge auf die Notwendigkeit der Weiterführung des Kanalbaus einschließlich des Südlängels, nicht zuletzt auch im Interesse der Beseitigung der kata- strophalen Arbeitslosigkeit hingewiesen.

Der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen hat in seiner Sitzung am 4. März 1931 einstimmig beschlossen, an die Reichs- und Preussische Staatsregierung die bringende Bitte zu richten, alles zu tun, um die Einstellung der Arbeiten am Mittellandkanal zu verhindern.

Daringerode, 2. März, Seeförger auf dem Kriegs- pfade. In der letzten Nummer des „Harzer Stromer“ hat der Pastor von Alten- und Daringerode in einem Artikel eine Ab- richtung des Schmirkeartikels der letzten Nummer 8, „Wieder eine kleine Blase aus dem Sumpf der S. P. D.“ gebracht.

Aus Halberstadt... Festzug wegen Paragraph 51. Vor dem Halberstädter Schöffengericht steht der Angeklagte Leo an Grün- dem, dem man es anseht, daß es sich um keinen außer- normalen Menschen handelt.

Aus Halberstadt... Der Angeklagte ist ein arbeitsloser Arbeiter, der sich in der Provinz herumtreibt. Er hat keine Arbeit gefunden und ist fast ver- loren.

Kein besseres Werbemittel! gibt es, als eine Einzelle in der „Sarner Volksstimme“

Trogkis Wohnhaus in Stambul nieder-gebrannt.



Die Villa Graf Paschas auf der Pringenzinsel Prinsipo bei Stambul, der Wohnsitz Trogkis, wurde durch eine schwere Feuersbrunst heimgesucht. Die kostbare Bibliothek Trogkis wurde zum größten Teil ein Raub der Flammen, ebenso verhängte die Maritripse, an denen Trogki arbeitete. Der überaus wichtige Briefwechsel Trogkis mit Lenin konnte in lehrer Minute geborgen werden.

Kautschuckfall in Berlin-W. Am Mittwochnachmittag drangen in die in der Felanenstr. gelegene Wohnung des Kaufmanns Reinermann ein, fesseln Reinermann, seine Frau und seine zu Besuch weilende Verwandte, die sämtlich im Bett lagen, durchschnitten sie die Telefonsdrähte. Ein Verfolgungsversuch mißlang. Vorläufig fehlt von den Tätern noch jede Spur. Von den Verurteilten werden die Täter als etwa 30-35 Jahre alte, ziemlich gut gekleidete, Leute beschreiben.

Postfall im D-Jug. Auf dem Barmer Hauptbahnhof stürzte sich am Mittwochnachmittag beim Einlaufen des Berliner D-Juges ein Mann mit porzellanem Revolver auf einen Postbeamten, der gerade mehrere Postfächer in Empfang genommen hatte, ergreifend einen der Postler und flüchtete. Vermutlich hat der Räuber gehofft, Geldpost in die Hände zu bekommen. Der geraubte Postbeutel enthält jedoch nur gewöhnliche Briefsendungen.

Veranstaltungen

Vortrag im Stadtpark in Halberstadt. Am heutigen Donnerstag, den 5. März, 20 Uhr, veranstaltet die Firma Carl Haider & Co. m. b. H., München-Berlin, einen öffentlichen Vortragsabend über das Thema: "Warum lernen wir heute so frühzeitig und warum müssen wir Schmerzen leiden?" Der Vortrag, auf den die Firma in ihrem am Dienstag erschienenen Inserat und in ihren Einladungsprospekten, welche der Ausgabe am Mittwoch beiliegen, ausführlich hinweist, verdient höchst interessiert zu werden.

Humor.

Das Testament. Richter: Also, gnädige Frau, Sie können nicht wieder heiraten. Tun Sie es doch, so hat Ihr Gatte klar in seinem letzten Willen bestimmt, daß sein Vermögen auf Ihren Bester übergeht. — Witwe: Ja, leben Sie, ich will doch den Bester heiraten!"

D. R. P. und D. R. G. M.

Das vielbeschäftigte Patentamt. — Arbeiter haben den größten Erfindungstrieb. — Erfunden und zu leicht befunden.

Jeder Mensch ist in der Lage, ohne jede Vorbildung irgendeinwas zu erfinden. Erfinden ist weder eine Kunst noch eine Wissenschaft, sondern eine Kombinationsgabe und ein wenig Geschicklichkeit. Was ist überhaupt eine Erfindung? Waren die Logarithmen eine Erfindung? Nein, sie waren eine Entdeckung, und das ist etwas ganz anderes. Das Rechnen aber mit Logarithmen war eine Erfindung. Man kann konkrete und abstrakte Dinge erfinden, so zum Beispiel eine Maschine und ein Besen, ein Instrument und ein hydrostatisches Schenkel und eine Waffe und eine Staatsform. Nur wenn man die Erfindung erfinden lassen will, entstehen Schwierigkeiten. Man stelle sich vor es kommt jemand auf das Patentamt und behauptet, er habe ein neues Besen er, erfinden und wolle darauf ein Patent haben. Er wird abgewiesen werden. Und warum?

Patente werden erteilt in England seit 1623, in Bayern seit 1791, in Preußen seit 1815 und in Deutschland seit dem 26. Mai 1877. Allerdings nur auf Erfindungen, die sich gewerblich verwerten lassen, nicht den Gelegen oder guten Sitten zuwiderlaufen oder bereits vorher erfinden wurden. Das kommt natürlich demnach vor, daß jemand schon vor einem Feindzeug erfinden haben will, das nur eine Abart einer bereits bestehenden Erfindung darstellt, auf die schon Patent erteilt wurde. Die oben erwähnte Erfindung eines neuen Besens mag noch so schön und für den Dichter noch so anwendbar sein, sie ist gewerblich nicht zu verwerten.

Um die Arbeit zu erleichtern, sind bei uns die Erfindungen in 89 Klassen eingeteilt. Auf dem Patentamt bekommt man einen Einblick in das, was so alles erfinden wird und wieviel das ist! Jährlich werden 45 bis 60 000 Erfindungen zum Patent angemeldet und davon zwei Drittel, also um 30 bis 40 000, abgelehnt. Entweder hat der Erfinder etwas "erfunden", was ein anderer vor ihm längst hat patentieren lassen, oder das Patentamt kommt zu der Überzeugung, daß überhaupt keine Erfindung vorliegt, daß sich jeder vernünftige Mensch diesen Apparat selbst herstellen könnte und daß er schließlich längst in Gebrauch ist, ohne daß alle gleich zum Patentamt gelangen können.

Trotzdem werden noch 15 bis 20 000 Patente im Jahre erteilt, gleichzeitig ungefähr 20 000 durch Proletie benachteiligt, und 12 bis 14 000 als abgelehnt oder durch Nichtzahlung der Gebühren als erloschen erklärt. Nur bei den meisten dieser Patente werden durch volle 15 Jahre geschützt. Die meisten dieser Erfindungen sind jedoch schon nach wenigen Monaten ein, daß ihre Erfindung nicht taugt, und lassen das Patent eingehen. Von den jährlich erteilten Patenten kommen ungefähr 13 bis 16 000 auf das deutsche Reich, der Rest auf Ausland. Am meisten wird auf dem Gebiete der Elektrotechnik erfinden; aber auch die Zahl der neuen Instrumente, der mechanischen Metallbearbeitungsmaschinen, der hauswirtschaftlichen Maschinen ist enorm. Sonst haben sehr viel zu tun die Abteilungen für Eisenbahn, Landwirtschaft und Forst, Waldschneidemaschinen, chemische Verfahren und Apparate, Flugbau, Automobile und Farben.

Auf die Frage, was erfinden wird, kann man nur mit einem Wort antworten: alles! Es gibt nichts auf der Welt, womit sich die Arbeiter, Angestellte den größten Erfindungsgeist anzuwenden. Wie weiß nicht, wieviel Erfindungsgegenstände bereits patentiert sind, einige tausend werden es wohl sein. Und helfen sie? Ein verweideter Mann kam auf die Idee, einfach eine Haarplanzmaschine zu erfinden. Man nehme eine Stahlnadel, bohre damit ein Loch in die Kopfhaut, und pflanze ein Haar mit der Wurzel ein, und es wird wachsen und gelblich. Was man diese Erfindung 30 000 Mal hintereinander, so wird selbst die größte Glatze behaart sein.

Einen anderen gefiel es nicht, daß man sich jeden Morgen einseifen muß, wenn man sich rasieren will. Also erfand er eine Maschine, die ohne Seife und Wasser die Haare entfernt. Es war eine Art Rasierapparat, mit Hilfe dessen die Haare einfach abgehakt werden. Bei der Probe gingen allerdings ziemlich häufig Hautjucken mit ab. Trotzdem wurde Patent auf die Sache erteilt. Manche erfinden ehrgeliche Dinge, von deren Nützlichkeit man wirklich nicht überzeugt ist. Was soll man sich unter einem automatischen Nagel-

reinger vorstellen? Wenn man die Hände oder die Füße die einzelnen Finger nützlich an die an der Hand bewegliche Maschine hält, werden einem bei viel Mühe die Nagel geföhrt. Weiß aber nicht man sich in alle Finger. Daher der Name Patent.

Eine bewegliche Nagelmaschine ist schon eher etwas. Es gibt solche, die sich schon automatisch alle paar Sekunden bewegen, andere, die man mittels eines Pedals immer dann in Bewegung übergehen lassen kann, wenn die Nagel an zu treu werden.

Einlagen für Plattföhre dürfte es gewöhnlich geben, alle patentiert. Ebenfalls Patentmaschinen findet man nur dort, man nicht bei allen etwas patentiert findet. Von tausend Erfindungen sind wirklich höchstens 2 oder 3 nützlich. Alle anderen fallen mehr oder weniger rasch unter den Tisch. In Amerika gibt es ein Patent auf ein Bett, das einen Menschen zu jeder einfallenden Zeit hin- und her bewegt, indem es umkippt, so daß man auf den Boden rollt. Offenbar ist die Idee für Erfindler, die mit irgend einem Stoff ge- rüstet ist, die das Bett immer mehr ergründ, das wird also seine Wirkung bekommen. Die beiden ersten Erfindler, die das Ding ausprobierten, sollen ohnmächtig geworden sein. Die Idee scheint demnach doch nicht gerade so arbeiten.

Natürlich kommt es täglich vor, daß einer vom anderen behauptet, er habe sein Erfindung gelehrt. Das wiederum patentiert nämlich dem die Erfindung, der sie zuerst erfindet, gleichgültig, ob er der Erfinder ist oder nicht. Es kommt es, daß jeden Tag Verhandlungen vor den Patentamt stattfinden, wobei die Erfinder oft viele Stunden ihre Erfindungen beschreiben, obwohl sein Mensch im Saal umfände ist, den unbedingtesten Werten zu folgen. Aber niemand hängt verhöferten an etwas, als Erfinder an ihren Patenten, die sie noch nicht haben. Ist das Patent erteilt, und damit in der Theorie festgelegt, daß sich die Erfindung gewerblich verwerten läßt, dann läßt sie sich praktisch doch noch lange nicht gewerblich verwerten. Entweder fehlt das Geld dazu oder andere kommen zuvor oder — wie bei fast allen Erfindungen — es liegt zwar die Möglichkeit vor, damit etwas zu verdienen, aber niemand interessiert sich dafür. Was demnach die Menschen immer wieder antreibt, neue Erfindungen zu machen, ist die Gewißheit, daß schon viele mit ganz einfachen Dingen Millionen geworden sind, und die Hoffnung, daß es ihnen auch mal so gehen möge.

Könige des weißen Sports.



Karel Kozeluh, der enthronte Weltmeister der Berufsspieler, beglückwünscht seinen Begymer William Liden (rechts), der nach seinem Lebertritt vom Amateure zum Berufssport sein erstes Spiel zu einem Triumph über Kozeluh gestalten konnte und damit die Weltmeisterschaft der Profesionals errang.

Wo bleibt der ZWEITE MANN ?

Etwas ganz Besonderes, nur solange Vorrat reicht
Mehrere Zentner Fleischsalat, I. Qualität per Pfund nur 0.75 Mark
KONSERVEN-THOMAS, Martiniplan 22, das Haus der billigen Preise

Gesamt-Verein der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs
 Ortsverwaltung Halberstadt.
Am Freitag, den 6 März, abends 8 Uhr
 im Gewerkschaftshaus

Bollversammlung
 Es ist Pflicht jedes Einzelnen, an der Versammlung teilzunehmen.
Die Ortsgruppenverwaltung
 J. A. Müller.

Tapeten-Reste
 billigst im Tapetenhaus „Rohma“

Tapeten
 Linoleum — Siragula
 größte Auswahl — billigste Preise.
Tapetenhaus „Rohma“
 Blücherstraße 19.

Es wird hiermit nochmals dringend an die Zahlung der noch rückständigen Kirchensteuerbeträge für das Rechnungsjahr 1930 (1. April 1930 bis 31. März 1931) erinnert, auf die Eingehung durch das städtische Vollzugsamt und die Kosten zu vermeiden.
 Der Evangel. Parochialverband Halberstadt.

Oschersleben. Holzverkauf.
 Kreisforst Oschersleben.

Am Mittwoch, den 11. März 1931, von vormittags 8 1/2 Uhr ab kommen im „Germaniahaus“ in Dörfersleben (Wald) zum Verkauf:
 1. 2000 Stk. Kiefernholz, 100 Stk. 1. Klasse, 100 Stk. 2. Klasse, 100 Stk. 3. Klasse, 100 Stk. 4. Klasse, 100 Stk. 5. Klasse, 100 Stk. 6. Klasse, 100 Stk. 7. Klasse, 100 Stk. 8. Klasse, 100 Stk. 9. Klasse, 100 Stk. 10. Klasse.
 2. 100 Stk. Kiefernholz, 100 Stk. 1. Klasse, 100 Stk. 2. Klasse, 100 Stk. 3. Klasse, 100 Stk. 4. Klasse, 100 Stk. 5. Klasse, 100 Stk. 6. Klasse, 100 Stk. 7. Klasse, 100 Stk. 8. Klasse, 100 Stk. 9. Klasse, 100 Stk. 10. Klasse.
 3. 100 Stk. Kiefernholz, 100 Stk. 1. Klasse, 100 Stk. 2. Klasse, 100 Stk. 3. Klasse, 100 Stk. 4. Klasse, 100 Stk. 5. Klasse, 100 Stk. 6. Klasse, 100 Stk. 7. Klasse, 100 Stk. 8. Klasse, 100 Stk. 9. Klasse, 100 Stk. 10. Klasse.
 4. 100 Stk. Kiefernholz, 100 Stk. 1. Klasse, 100 Stk. 2. Klasse, 100 Stk. 3. Klasse, 100 Stk. 4. Klasse, 100 Stk. 5. Klasse, 100 Stk. 6. Klasse, 100 Stk. 7. Klasse, 100 Stk. 8. Klasse, 100 Stk. 9. Klasse, 100 Stk. 10. Klasse.
 5. 100 Stk. Kiefernholz, 100 Stk. 1. Klasse, 100 Stk. 2. Klasse, 100 Stk. 3. Klasse, 100 Stk. 4. Klasse, 100 Stk. 5. Klasse, 100 Stk. 6. Klasse, 100 Stk. 7. Klasse, 100 Stk. 8. Klasse, 100 Stk. 9. Klasse, 100 Stk. 10. Klasse.
 6. 100 Stk. Kiefernholz, 100 Stk. 1. Klasse, 100 Stk. 2. Klasse, 100 Stk. 3. Klasse, 100 Stk. 4. Klasse, 100 Stk. 5. Klasse, 100 Stk. 6. Klasse, 100 Stk. 7. Klasse, 100 Stk. 8. Klasse, 100 Stk. 9. Klasse, 100 Stk. 10. Klasse.
 7. 100 Stk. Kiefernholz, 100 Stk. 1. Klasse, 100 Stk. 2. Klasse, 100 Stk. 3. Klasse, 100 Stk. 4. Klasse, 100 Stk. 5. Klasse, 100 Stk. 6. Klasse, 100 Stk. 7. Klasse, 100 Stk. 8. Klasse, 100 Stk. 9. Klasse, 100 Stk. 10. Klasse.
 8. 100 Stk. Kiefernholz, 100 Stk. 1. Klasse, 100 Stk. 2. Klasse, 100 Stk. 3. Klasse, 100 Stk. 4. Klasse, 100 Stk. 5. Klasse, 100 Stk. 6. Klasse, 100 Stk. 7. Klasse, 100 Stk. 8. Klasse, 100 Stk. 9. Klasse, 100 Stk. 10. Klasse.
 9. 100 Stk. Kiefernholz, 100 Stk. 1. Klasse, 100 Stk. 2. Klasse, 100 Stk. 3. Klasse, 100 Stk. 4. Klasse, 100 Stk. 5. Klasse, 100 Stk. 6. Klasse, 100 Stk. 7. Klasse, 100 Stk. 8. Klasse, 100 Stk. 9. Klasse, 100 Stk. 10. Klasse.
 10. 100 Stk. Kiefernholz, 100 Stk. 1. Klasse, 100 Stk. 2. Klasse, 100 Stk. 3. Klasse, 100 Stk. 4. Klasse, 100 Stk. 5. Klasse, 100 Stk. 6. Klasse, 100 Stk. 7. Klasse, 100 Stk. 8. Klasse, 100 Stk. 9. Klasse, 100 Stk. 10. Klasse.
 Der Kreisauschuß.

Wernigerode
 In die Einzahlungskasse Rathaus, Zimmer 5, sind bis 16. März zu zahlen:
 1. Grundbesitz- und Hauszinssteuer für März.
 2. Gewerbesteuerumlagensteuer für Februar.
 Bei verspäteter Zahlung sind Verzugszinsen zu entrichten, im Falle der Zahlung und Zins- und Verzugszinsen sind die Steuern zu erheben.
 Formulare zu Lohnsteuererklärungen sind im Stadtschreiberamt (Zimmer 6 des Rathauses) erhältlich.
 Wernigerode, den 3. März 1931.
 Der Magistrat. (Steueramt).

In Nummer 5 des Ämlichen Kreisblattes ist die Polizeiverordnung des Herrn Oberbürgermeisters von Wernigerode vom 15. Januar 1931 über den Betrieb von Fleischereien und über den öffentlichen Verkehr mit Vieh, Fleischwaren, Fleisch, Geflügel, Fischen, Wild- und Reibwaren, der Polizeiverordnung nach § 4 der Polizeiverordnung muß diese in allen Geschäften, die obenbeschriebene Waren führen, aushängen.
 Abwärts sind im Polizeibüro Markt 10, Zimmer 1, zu haben. Ein Abruck kostet 50 Pfennig.
 Wernigerode, den 28. Februar 1931.
 Die Polizeiverwaltung. Dr. Geipel.

Druckhaus (heute) **Parzer Volksstimme**

Partei-Literatur jeder Art
 zu haben in der
Volksbuchhandlung Burgstraße 30

CAPITOL
 die moderne, führende Tonfilm-Bühne
 Heute und folgende Tage
 Der hochdramatische deutsche Groß-Ton-Film
Das alte Lied
 Zu jedem kommt einmal die Liebe
 Hauptdarsteller:
 Lil Dagover — Pola Negri — Lien Dyrer
 Ein dramatisches Geschehen, in dem, über alle von Menschen gesetzte Schranken hinweg, zwei Herzen sich finden.
 Im Besonderen:
 Die entzückende Tonprotekte
Felix aus Frelersleben
Reichum schändet nicht
 Lustspiel in 2 Akten
 Wochenschau — Beginn der Vorstellungen: im Zoo
 Donnerstags 6, 1/2 Uhr — Sonntags 4, 1/2, 1, 1/2 Uhr

2. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 54

Donnerstag, den 5. März 1931

6. Jahrgang

Alarm für alle Landarbeiter!

Gaukonferenz des Deutschen Landarbeiter-Verbandes.

Am Sonntag fand in Magdeburg eine außerordentliche Gaukonferenz des Gaues Magdeburg-Brandenburg im Deutschen Landarbeiter-Verband statt. Die Konferenz sollte Erhaltung nehmen zu dem Bohnebau in den landwirtschaftlichen Unternehmen, die in der allgemeinen Lohnabwärtsbewegung, trotz der jüdisch niedrigen Rohstoffpreise in der Landwirtschaft nicht zurückbleiben wollen. In Ermittelung und Entschloffenheit brachte die Konferenz zum Ausdruck, daß die Landarbeiter nicht gewillt sind, sich ihren ohnehin kargen Lohn noch weiter kürzen zu lassen. Unter Führung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes wird die Landarbeiterschaft sich gegen jeden Mißbrauch auf ihre Existenz zu wehren wissen. In den Ausführungen läßt der Redner zum Ausdruck, daß die Arbeiter

mit größtem Vertrauen hinter der Führung des Verbandes stehen. Als gegen Ende der Tagung, der Verbandvorsitzende Georg Schmidt im Saale erklärte, wurde er vom Redner betont, daß es für ihren Ort aber ihren Kreis eine Notlage der Landwirtschaft nicht anerkennen könnten. Eine Notlage besteht einzig und allein für die Landarbeiter. Der Ausgang und die Auswirkungen, die sich zahlreiche landwirtschaftliche Unternehmer heute noch leisten, spreche deutlich für das Gegenteil einer Notlage bei der Landwirtschaft in Mitteldeutschland.

Die Tagung wurde eröffnet mit einigen wirkungsvoll vorbereiteten Chören des Magdeburger Sängerkorps, unter Leitung von Wilm Prenting, Leiter.

Die Lohnabwärtsbewegung der landwirtschaftlichen Unternehmer sprach dann Gauleiter Brandenburg. Er schilderte eingehend das Entsetzen der Lohnabwärtsbewegung in Deutschland und ihre tiefsten Gründe gegen die Arbeiterkraft. Die Arbeiterkraft ist der Hauptfaktor, das die Wirtschaft eine falsche Politik feiert, denn in der gegenwärtigen Wirtschaftslage kommt es auf eine Stärkung des innerdeutschen Marktes an. Wenn durch die Lohnabwärtsbewegungen das heutige Lohnniveau um etwa 3 Milliarden gesenkt worden ließe, so müßte das unmeßbar zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit führen. Nicht im Lohnabbau liegt das Heil. Aus der Wirtschaftspolitik führt nur eine planmäßige Neuordnung heraus, ein System, das sich sozialistische Wirtschaftsprinzipien zu eigen macht.

Wenn sich eine reaktionäre Welle irgendwo bemerkbar macht, das geht natürlich den landwirtschaftlichen Unternehmern voran. In der 3. Rede sprach er, daß ein solches ein Vorbildung von 3 Wp. diktiert werden könne. Als im Embausgang dieses Vorfalls die Lage nachgedacht werden mußten, gab es erhebliche Auseinandersetzungen im Unternehmerlager. Jetzt geht der Vorkurs gegen die Sozialisten des erweiterten mitteldeutschen Tarifgebiets. Anfang 1930 wollten sie die Unternehmer noch bis 1. Jan. 1932 verlängern. Sie gehen damit zu, daß sie die gettende Sozialisten für tragbar halten. Nach einer zentralen Zusammenkunft der Unternehmer in Berlin erfolgt jetzt doch der Angriff mit Wobanforderungen. Diefelben Unternehmer, die der Sozialisten unterliegt

von der Allgemeinheit mit Milliardenbeträgen unterstützt werden, verlangen für Männer einen Lohnabbau von 4 Pfennig, für Frauen von 3 Pfennig. Auch soll die Erntezusage in Zukunft fortfallen. Das bedeutet einen Mißbrauch auf den Stand des Jahres 1927.

Zur Begründung dieser Forderungen wird die alte Notlage von der Notlage der Landwirtschaft ausgeht. Bei freier Konkurrenz, das kann im mitteldeutschen Gebiet ganz allgemein von einer Notlage der Landwirtschaft sprechen kann. Wo eine Notlage besteht, da sie von den Betreffenden selbst verschuldet. Entweder man arbeitet noch nach Großhändlerart und man treibt eine unverantwortliche Schuldverschuldung. In weit stärkeren Maße kann man feststellen, daß die Weltler noch einen sehr erheblichen Aufwand betreiben. Wochenausgaben Auszubereiten und reichliche Unterhaltung von reaktionären Wirtschaftskräften sind keine Seltenheit. Mangelhaftigkeit beim Anbau und beim Viehzucht kommt bei Zwielen, Gurken und Roggen sehr häufig zum Ausdruck.

Und wie steht es mit dem Preisabbau, der zur Begründung

herangezogen wird? Die Landarbeiter haben davon noch nichts gemerkt. Wo er erfolgt ist, geschah es auf Kosten der Qualität der Ware. Ein Hauptargument der Unternehmer ist aber die wirtschaftliche Verdrängung des Landarbeiters durch das Deputat. Nicht der Wert der Deputaten ist wirklich gerechnet worden, sondern ihr Wert nach der Berechnung soll maßgebend sein. Nicht der Wert des Getreides z. B., sondern der des aus ihm geschätzten Viehes und Fleisches oder des aus ihm gewonnenen Brotes. Natürlich müßte der Bodenpreis dieser Waren zugrunde gelegt werden. Auf diese Weise errechnete man für Mitteldeutschland den Stundenlohn der Landarbeiter auf 70 bis 80 Pfennig.

Diese Berechnung beantworteten die Vertreter der Arbeiterkraft mit dem Vorwurf, 70 bis 80 Pfennig Stundenlohn zur Grundlage der Verhandlungen zu nehmen. Denn könne ein Arbeiter von 4 Pfennig leben. Dabei würde die Arbeiterkraft sich sehr gut fühlen. Sieht man die Landarbeiterschaft zur Berechnung ihres Deputats erhebliche Arbeitskraft anwenden.

Wohl das zunächst über ihre Kräfte geht, macht sich mehr und mehr eine Notlage vor Deputat bemerkbar. Außerdem trägt der Landarbeiter bei der Berechnung und Verifizierung seines Deputats das Risiko ganz allein. Ist es richtig, daß aus Getreide und Acker eine solche Verifizierung erzielt werden kann, wie gut muß sich dann der Unternehmer fühlen? Denn auch für ihn kann nicht der Bodenpreis, sondern der Bodenpreis gelten.

Alle die Argumente der Unternehmer sind aber nur Geschwätz und Beredsamkeit, um die Sommerhüte der Landarbeiter zu verengen. Bei den bisherigen Verhandlungen vor der Schlichterkammer in Halle wurden die Bemittlungsanforderungen des unparteiischen Vorsitzenden von beiden Seiten abgelehnt. Die Arbeitervertreter lehnten ab, weil sie der Auffassung sind, daß eine Stärkung der niedrigen Landarbeiterschaft unmöglich ist. Die Verhandlungen sind auf den 3. März verlegt. Der Konferenz ist Gelegenheit gegeben, zu der Frage Stellung zu nehmen, ehe die Entscheidung fällt. Die Verhandlungskommission wird alles daransetzen, daß ein Ergebnis zustande kommt, das so günstig ist, als nur irgendmöglich. Für die wehren und entgeltlichen Verhandlungen beharrt die Leitung des Vereines auf Mißbilligung.

Alarm ist jetzt die Parole für die Landarbeiterschaft. Die Arbeitsfrage wird wahrscheinlich nicht vereinbart werden. Sie unterliegen später früher oder später der Regierung. Darum

Alarm für alle Organisierten und Unorganisierten.

Alarm aber auch gegen die Gespaltener der sogenannten „revolutionären Gewerkschaftsopposition“. Die Landarbeiter dürfen nicht auf diese kommunistische Gespaltenerstellung, die jüdisch geführt wird von ebensolchen Geistes und Unorganisierten, hineinfallen. Es geht nichts gefährlicheres in diesen Augenblicken als Gespaltener. Der Alarm der Landarbeiterschaft muß lauten: Wo bleibt der letzte Landarbeiter, der letzte Landarbeiter? Sie alle müssen der gewerkschaftlichen Organisation zugeführt werden. Die Landarbeiterschaft ist alarmiert zur Berechnung ihrer Stellung. Durch Kraftbeweisen und Geschlossenheit gibt es dem Gegner den Mut zu nehmen zu unterschätzen gegen diese Stellung.

Dem Redner wurde ungeheurer Beifall zuteil. Namens des Hauptvorstandes überbrachte der Konferenz die besten Grüße. Es lebe dann eine sehr lebhaft Ausdrucksform ein, an der sich eine große Anzahl Redner beteiligten. Mit größter Sachlichkeit wurde die Situation behandelt und immer wieder das Vertrauen zur Führerschaft und die Notwendigkeit der Organisationsarbeit.

Berger (Hofmeisterleben) brachte folgende

Entscheidung

Die am 1. März in Magdeburg tagende, hart besetzte außerordentliche Gaukonferenz des Gaues Magdeburg-Brandenburg im Deutschen Landarbeiter-Verband nahm Kenntnis von der Mißbilligung der Arbeitsfrage, einen Abzug der Löhne um 4 Pfennig je Stunde vorzunehmen. Aufschlüsse und einmütig wird diese unethische Zumutung zurückgewiesen. Die Landarbeiterschaft be-

wehrt sich ganz entschieden, daß die in der Landwirtschaft geschehen Löhne untragbar seien. Die Lebensweise der Arbeiterklasse hat auch in dieser Zeit der allgemeinen Not keine Einschränkung erfahren. Die Arbeitgeber der Landwirtschaft kennen die Not nur dem Namen nach, Not und Elend ist in der Landwirtschaft nur bei den Arbeitern zu Hause. Die Anweisungen befinden sich darin in Übereinstimmung mit der Verhandlung, daß alles angewandt werden muß, um die Forderungen der Arbeitgeber abzuwehren.

Der Redner schloß zur Begründung Beobachtungen bei der Grünen Wähe in Halberstadt, bei der von einer Notlage der Landwirtschaft nichts zu spüren war, bei der aber auch kein Wort über die Not der Landarbeiterschaft gesprochen wurde.

Bäcker (Wohlfahrten) schneidet die Frage der Auszubereitungsbeschäftigung an. Während Auszubereiter in großer Zahl angefordert werden, liegen deutsche Landarbeiter arbeitslos auf der Straße und kalten den Gemeinden zur Last. Otto (Rangemobilien) belohnte die Mithilfe der Organisation, besonders für die Frauen.

Gegen die von den kommunisten betriebene Spaltungspolitik und gegen die von ihnen angebotene Gründung eines „revolutionären“ Landarbeiterverbandes wendet sich energisch Döberlein (Magdeburg). Er bringt folgende Entschiedenheit ein:

In dem schweren Kampfe, den die Landarbeiterschaft um ihre Existenz gegen die Lohnabwärtsbewegungen der Agrarier führt, ist die einzige, geschlossene Organisation eine Lebensgemeinschaft. Wer die Organisation schließt oder spaltet, begeht ein Verbrechen an der Arbeiterschaft. In der letzten Zeit macht sich die kommunistische revolutionäre Gewerkschaftsopposition auf dem Lande bemerkbar. Diese befähigt sich durchaus im Sinne der Agrarier, denn die RBO, vertritt den DGB, zu spalten. Es soll ein kommunistischer Landarbeiterverband gegründet werden. Man will den Landarbeitern ihre jüdischen verdienten Erträge aus der Tasche locken und diese der RBO dienstbar machen. Die hart besetzte Gaukonferenz fordert von allen Mitglüdern, besonders von den Funktionären, daß sie diesen Gewerkschaftsführern des Samens legen. Da die RBO die Landarbeiterschaftsbewegung durchaus im Sinne der Agrarier spaltet, ist es eines Landarbeiters unwürdig, sich der RBO anzuschließen. Die Gaukonferenz richtet an die gesamte Landarbeiterschaft den Appell, sich der Organisation anzuschließen, die allein mit allen Mitteln die Interessen der Landarbeiterschaft vertritt, nämlich dem Deutschen Landarbeiter-Verband.

Gauleiter Brandenburg wendet sich gegen die Verlogenheit der Nazipolitik und gegen die Spaltungswind der Kommunisten. Bei dem gegenwärtigen Kampf geht es um die Existenz der Landarbeiterschaft. Mehr Macht hinter uns! Das ist nur erreichbar durch Stärkung des Deutschen Landarbeiterverbandes. Der

Beschäftigung von Auszubereiten

kann durch den Gehalt der preußischen Regierung ein Regel vorgeschrieben werden, wenn er richtig angewandt wird. Gehalt auf ihre Organisation dürfen die Landarbeiter mit Dummheiten in dem bevorstehenden Kampf gehen.

Die beiden von den Disziplinaren eingeschickten Entschuldigungen werden einstimmig angenommen. In einer kurzen Ansprache wendet sich Verbandsvorsitzender Georg Schmidt noch an die Konferenz. Er betont, daß die Organisation der Landarbeiter innerlich fest und geschlossen liegt. Von der Nazipolitik werden die Landarbeiter am wenigsten berührt, denn für sie ist das etwas Neues nur in neuer Auflage. Die deutsche Arbeiterschaft fällt auf seine Diktaturexperimente hinein, ob sie von rechts oder links kommen. Wenn die landwirtschaftlichen Unternehmer meinen, daß sie ihre privatwirtschaftlichen Betriebe nicht mehr halten können, dann müssen wir ihnen sagen: Treib ab und machet euch arbeitslos! Vielleicht merkten sie denn einmal, was Notlage heißt. Die Arbeiterschaft wird, wenn sie geschlossen steht, hinweggeraten über die Wirren der Gegenwart, hinein in die sozialistische Zukunft. Nur in diesem Zeichen wird sie siegen.

Auch die Ausführungen Schmidts lösten begeisterten Beifall aus. Gauleiter Rabe schloß die Tagung mit der Feststellung, daß Mißbilligung und Führung immer liegen im Zeichen gegenfälligen Vertrauens. In ein Hoch auf die internationale Gewerkschaftsbewegung und den Deutschen Landarbeiterverband stimmten die Konferenzteilnehmer begeistert ein. Stehend wurden die „Internationalen“ und die „Arbeitnehmervereine“ gelungen.

Mann am Faden Roman von Horst Hellwig

Copyright by Fackelreiter-Verlag, G. m. b. H., Hamburg-Bergedorf.

1. Fortsetzung (Nachdruck verboten).

Bogermill und Tom bildeten eine Interessengemeinschaft. Bogermill war von der genialen Findigkeit gefaschender Geistlichen. Er hatte bei Tom einen guten Leberstoffer entdeckt. Ein bißchen ispiuten konnte er auch. Es war schließlich seine Priesterlaffe, daß er es in „Zet Brandenburg“ erlernt hatte. Tom mußte der edle Kindelberstoffer Tom davon glauben, um Betriebsamt zu schaffen. Er wurde zu Scheitelfösten zerföhnten und die Schuppe der zehnjährigen Gefangenen gegen gutes Entgelt damit beschloß.

Rechtlich war also der Sportbeschäftigten nicht finanziert. Natürlich immer in den beschriebenen Rahmen des Sagers. So allen Dingen wurde eine Spielbank eröffnet. Die brachte was ein. Bogermill lieferte die Erziehung und stellte seine Geistlichen in den Dienst der Sache. Tom, außer dem Leder, seine harte, unbeschreibbare Faust, mit der er allen Meistern an Bogermills weiler Geschäftsführung ein schmales Ziel setzte. Ihre gemeinsam betriebene „Spielbank“ blühte und gedieh auf der Insel wie leines der anderen weltlichen Unternehmungen, die ebenfalls alle mehr oder weniger zweifelhafte waren.

Der harte Tom war eine rauhe, heißblütige Natur. Denken war nicht seine Sache. Das überließ er neillos seinem Freund Bogermill. Es verstanden und ergänzten sie sich auf Beste.

„Kommt wieder es sein, wenn man Bogermill tot war, dachte Tom. „Wirst Du was? Komm mit mir nach Neustrelitz.“ sagte er plötzlich.

„Eigentlich möchte ich nicht. Welche, ich will in irgend einer großen Stadt probieren. Doch mich mit, wir werden schon bereden.“

„Soll ich recht, Bogermill, ich mach mit. Aber erst mal nach Hause. Welche, mußst doch bedenken, daß sie mich seit beinahe sechs

Jahren nicht gesehen haben. Ich war doch damals lange auf großer Fahrt. Ausgerechnet, als wir mit dem alten Raub heimzogen, bricht der Krieg aus und sie kriegen uns. Ich muß ich lo Hus. Wie so man.“ Die letzten Worte sprach Tom wieder laut.

Bogermill sah ein, daß er in dieser Angelegenheit Loms Willen nicht lenken konnte. „Dann komme ich eben mit.“ sagte er ergeben.

„Um kein mußten sie im Barzofok übermachten. An richtigen Tage verließen sie im Zug etwas zu schlafen. Zu Anfang ging es. Je mehr sie sich jedoch Mittelburg näherten, umso unruhiger wurde Tom. Es war fast genau so wie vor Herzogenrath. Wenn es bloß nicht wieder so eine Enttäuschung wird, dachte er. Er war jetzt ganz numter und blickte angeregt aus dem Fenster.

Er dachte daran, wie er vor sechs Jahren mit großen Ideen losgezogen war, und was er seitdem alles erlebt hatte. Bei Bogermill blieben seine Gedanken hängen. Er sah über die Schulter auf seinen Gefährten, der dor sich hinblöde. Was wird das jetzt wohl für ein Leben mit ihm?

Tom hatte von Willi so mancherlei gehört. Es gibt so keine Treue und Freundschaft, mit denen man dem Willkür nachsehen kann. Bogermill beherrschte sie stundentlang. So war er nach und nach in Loms Achtung immer höher gestiegen. Eigentlich hätte sich der ehemalige Reichstagsrat eine richtige Sockel von früheren Heiler, dem „Feuermann“, weit überlegen geföhlt.

So schau er Tom allerdings aus, daß er bemerkt hatte, wie Bogermill ihn ebenfalls betrog, wo es anging. Schön war das einem Freund gegenüber nicht. Es war aber nichts daran zu ändern. Willen konnte er die Spielbank nicht lenken. Schließlich war er ja auch zu seinem Teil gekommen und Bogermill war in jeder Hinsicht ein hizer Herr, durch den man keine Vorteile hatte. Bogermill war aufzufanden. Der Zug rollte langsam in den Bahnhof ein. „Welch, Euch ham je mal 'nen Stütz dem Bahnhof geföhlt?“ uftte er Tom an, als er die beschriebene Halle der Keinen ehemaligen Reifendenz erklärte.

Tom hörte nicht hin. Mit einem Sprung war er aus dem Zug. Ehe Bogermill die Koffer aus dem Abteil hoben konnte, war sein Freund bereits durch die Sperre gerannt.

„Tom — Welch — Tom.“ sagte Willi ungeniert hinterdrein. Tom hörte es nicht mehr. Seine langen Beine durchschlugen die Stroßen des Städtchens im Eiltempo. Als Willi aus dem Bahnhof trat, war keine Spur mehr von seinem Kameraden zu sehen.

Er fand einen Augenblick verort. Sein häßliches, Häßiges Gesicht zeigte den Ausdruck unangenehmer Leberbröckung. So hart war Loms Abhängigkeit an die Heimat? Die schloßen Augen, von deren Farbe im Raub „unbestimmt“ fand, mochte verächtlich die kleinen Hüllen häuier. Beschäftigt, Wohlstandswirtschaft amte das alles. Kein Ort, wo für ihn der Wegsen blühen würde.

Bogermill fragte sich kurz nach dem Haus von Loms Eltern durch, Mein Gott, war das ein kleines Gebüde. Er schob die Unterlippe vor.

Die Eier war mit einer Gairunde geschmückt. Bogermill trat ein. Tom stand in der Hofkammer, inmitten einer Menge atemlos gekleideter Menschen und erzählte. Er tat sich schanderhaft. Bogermill bemerkte er nicht sofort. Er war zu sehr beschäftigt, denn alle seine Abenteuer sollten auf einmal herauskommen. Die Einde dröhnte von seiner lauten, lebendigen Stimme. Neben ihm stand eine kleine verarbeitete Frau und ließ ihre Augen von ihrem Jungen. Der Vater lagte, wie der Rollinnd selber. Er bordete auf die Berichte seines Schönes, vermaß aber dabei keineswegs seine Pflichten als Väter. „Willi, ich bin Kommernd und ich will weiter und — falls, da es ist ja! Na, hast ja 'n guten Nießer gehabt. Mad's Dir man bequemen!“

Der Vater Loms schüttelte Willi die Hand. Tom mußte den Freund mächtig herauszuföhren haben. Denn auch die Mutter gab ihm die Rechte mit einem wahrhaftig unbeschreiblichen Dankgefühl. Die Bürger haunten. In ihrer Kleinmütigkeitstasche brannte das Abenteuer. Alles trisch wie der Seewind, ein Hauch des großen Lebens. Was waren schon die beimgelohnten Soldaten? Jeder war drinnen gewesen! Aber ein Gewann, ein Gefangener, sei! Jodren von einem Abenteuer in das andere geschritten.

Das waren Logel! Herzog nochmal! Aber kamme Tom. Seber buzte sich mit ihm. Die meisten konnten sich noch auf den Keinen Jungen entfallen.

„Wirst 'n nichtsnutziger Bengel gewesen. Sieh mal sich, was doch aus 'n Wänschen werden kann.“ sagte der kleine Schneidermeister

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmönatlich 1 Mark einschließlich Belegporto, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Gehört wöchentlich freitags und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktions- u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2214. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H., Vertriebsort für Politik u. Wirtschaft: Kurt Wolff, für den lokalen Teil Wilhelm Rinckmann, für Wetters u. Informativ Karl Zreff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Zeile für 10 Tage, für den Rest des Monats 20 Pfennig, für den Rest des Monats 40 Pfennig, außerdem 50 Pfennig. Maßgebend ist bei der Festsetzung vorliegende letzte Preisliste. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2214), Kollbergstraße Wernigerode 4920 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 54

Donnerstag, den 5. März 1931

6. Jahrgang

Kultur ist Volkswohl.

Dr. Löwenstein entwickelt vor dem Reichstage die Kulturpolitik des Sozialismus.

Berlin, 4. März. (Gf.)

Präsident Lohé eröffnet die Mittwochs-Sitzung des Reichstages mit einem Nachruf für den verstorbenen Geheimrat Dove, der von 1912—1918 Vizepräsident des Reichstages war. Die Abgeordneten ehren das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Dann leitete der Reichstag die zweite Beratung des Haushaltsplanes des Reiches in dem in der Sitzung vom 2. März 1931 beschlossenen Haushaltsplan des Reiches ab. Der Reichsminister des Innern Dr. Brüning erklärte, daß die Reichsreform von der Wahlreform gemacht werden müsse. Er sprach sich für das Verbot des Remarque-Films aus. Denselben Standpunkt nahm der Landvolksabgeordnete Freiherr von Bülowen ein, der auf sozialdemokratische Zurücksetzung hinweisen mußte, daß der Film überhaupt nicht gesehen hat. Es sei, so sagte er, ein anti-deutscher Film, der den Krieg einseitig darstelle. Das deutsche Volk brauche sich einen solchen Film nicht gefallen zu lassen. Der kommunistische Abgeordnete Zörgler sagte sich mit dem Reichsminister des Innern Dr. Brüning auseinander wegen dessen Verzicht auf die kommunisistische Kulturpolitik. Er bereite dem Reichsminister insofern einige unangenehme Minuten, als er aus Anknüpfungspunkten der Wirtschaftlichen Freiheit die Republik stellen wolle, die zweifellos in der nächsten Zeit als große kulturpolitische Ausrichtungen bemerkt werden dürften. Die Abgeordnete Frau Langemann von der Bayerischen Volkspartei bekannte sich ebenfalls zu dem Verbot des Remarque-Films. Auch forderte sie härtere Bestimmungen von Schand und Schmutz und ein hartes Verbot des Remarque-Films. Dann wolle sie hartnäckig gegen alle Pläne auf Reichsreform auf. Insbesondere wandle sie sich gegen die Abgeordneten Gollmann (Soz.) und Brüning (Dem.), die sie für ganz gefährliche Feinde des Reiches und Freunde eines Einheitsstaates hält.

Selten erlebt der Reichstag inmitten der politischen und sachlichen Debatten eine Stunde, in der ein Redner seine Zuhörer zu den Höhen menschlicher Kultur führt. Eine glückliche Stunde aber verpackt in dieser Haushaltsberatung dem deutschen Reichstag der sozialistische Volkserzieher.

Abg. Dr. Löwenstein (Soz.).

Er ist kein vollständiger Redner, aber die Feinheit seines Stils und die tiefen feinen Gedankenwelt nehmen jeden, auch den unfähigen politischen Gegner gefangen. Löwenstein wandte sich zunächst gegen den von den Christlichsozialen eingebrachten Entwurf des Reichsgesetzes. Derselbe erstrebt auch die Sozialdemokraten die harte Verbotung eines solchen Gesetzentwurfes, aber im jetzigen Reichstag sei keine Mehrheit, die auf der Grundlage des unmöglichen Wunsches bereit sei, Verhandlungen über ein Reichsgesetz zu führen. Der Hauptteil des Löwensteinschen Vortrages befaßte sich mit dem Schlagwort Kultursozialismus und der marxistischen Gedankenwelt. Wir wollen in einigen Sätzen die Löwensteinsche Rede zitieren.

Schlagworte wie Kultursozialismus sind nur geeignet, anstatt des geistigen Ringens und Schöpfens lebensdienliche Kulturfronten aufzurufen und deren das Spiel zu erleichtern, die den Geist durch Ungeist erleiden wollen und müssen. Auf dem Gebiete des Weltanschaulichen gibt es keine verfassungsmäßigen Vorrechte.

Es gibt kein staatliches Kirchenmonopol mehr und der religiöse Mensch wie der Freidenker haben im Rahmen der verfassungsmäßigen Bestimmungen das gleiche Recht der Entfaltung der Propaganda und der Organisierung. Die Religionsgesellschaften sollten dem Freidenkertum gegenüber ein höheres Maß von Großzügigkeit und Duldsamkeit zeigen.

Die Anhänger der Religion sollten die Großmütigkeit des Besessenen haben; sie haben eine Reihe Vorrechte, die die Verfassung ihren Gesellschaften garantiert. Sie haben eine alte Kultur, eine Menge Pflichten ihrer Vergangenheit, staatliche Unterstützung und Hilfe nach jeder Richtung hin. Aber auch das Freidenkertum war in der Vergangenheit ein gewaltiger Hebel des Kulturfortschritts, und es erschöpfte sich in der Gegenwart nicht in kulturwidrigen Hochschäften, die wir mit Hohn verurteilen. (Sehr richtig bei den Soz.)

Die sogenannte antimarxistische Front ist hier von den Rednern zweier Mittelparteien abgelehnt worden. Es ist verständlich, daß sie nicht mit der Hilfer-Engender'schen Antimarxistenfront gehen wollen, die

mit Sememord, mit Bruch des Ehrenworts und anderen Mitteln gleichen Wertes arbeitet. Aber die bürgerlichen Parteien selbst haben die Stauteine zu dieser Antimarxistenfront geliefert. Keine Tagung der Volkspartei, auf der nicht ein Redner einen Vortrag gegen den Marxismus für seine höchste Aufgabe hält. Keine Veranstaltung der Deutschen Volkspartei, ohne daß man sich durch das Bekennen zum Antimarxismus die Einheitsfront zum nationalen Salon zu erwerben strebt. (Sehr gut bei den Soz.) Sie werden verstehen, daß wir dem eine starke Marxistenfront entgegenstellen.

Nichts hat den Marxismus so genützt, wie diese antimarxistische Front.

Wenn die Herren um Dremig gegen den Marxismus polemiert, dann wissen die Arbeiter ganz genau: das ist das Aufgebot der Kräfte gegen die Gewerkschaften! (Sehr Zustimmung links.) Das Gerede gegen den Marxismus ist die theoretische Einleitung für Lohnbau, Sozialbau und Abbau der öffentlichen Wirtschaft.

Der Marxismus ist uns nicht Dogma, sondern die Theorie der Arbeiterklasse und hat der Arbeiterbewegung Richtung und Ziel gegeben. Die Bürgerlichen bleiben auch in ihrem Idealismus die Besten und die Verteidiger dieses Besten. Die Einsicht der Arbeiter aber, daß ihre Not System ist, trägt die einzelnen Arbeiter über sich hinaus. Die Einsicht, daß das System änderbar ist und daß die Arbeiter es ändern können, macht die Arbeiter zu Kämpfern, macht ihnen die Veränderung dieses Systems zur höchsten Form. Wir fürchten bei unserer Jugend nicht den Radikalismus, sondern den Mangel an wissenschaftlichen Aufgaben und Verantwortung. Der kommunistische Redner hat den „18. Brumaire“ von Karl Marx zitiert und auf die Gegenwart angewandt. Aber die Arbeiterklasse im 20. Jahrhundert ist eine andere als im 18. und in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Die Arbeiterklasse hat inzwischen den Weg von der Schwärmerei zur Klarheit zurückgelegt und erkannt, daß ihr Schicksal das Schicksal der Menschheit ist. Wir schämen es den Arbeitern, die Tag um Tag ein Inch aller Not ihrer Tagelohn, ihre Zeit, ihre Verhandlungen, ihrem Ideal opfern, um der marxistischen Lehre zu dienen, einmal öffentlich zu sagen, wie hoch der gesellschaftliche Idealismus eben der Marxismus ist. (Sehr Beifall und Handklatschen der Soz.)

Löwenstein wandte sich dann der Lebensführung unserer Hochschulen zu und sagte: Trotz dieser Lebensführung an Akademikern werden wir dennoch nicht darauf verzichten können, den Arbeiterkern den Weg zu den Universitäten und den Hochschulen zu öffnen.

Nur zwei Prozent der Schüler sind Arbeiterkinder. Wie die Arbeiterklasse das politische Monopol geübt hat, wie sie das wirtschaftliche Monopol des Befehles an Produktionsmit-

tern brechen wird, so kann und wird sie auch das Bildungsprivileg der bestehenden Schichten aufheben. Der Aufstieg des einen oder anderen begabten und wirksamen Arbeiterkindes ist ein Almosen. Die Arbeiterklasse will ihr Recht.

Das neue Schuljahr fordern wir

sowohl zur Entlastung des Arbeitsmarktes um rund 600 000 junge Menschen, als auch zur Besserung des körperlichen Zustandes, in dem heute so viele Jugendliche ihr Erwerbaleben teilen müssen. Selbstverständlich muß bedürftigen Eltern ein materielle Ausgleich dafür geschaffen werden, wie das bei endlich Schularbeit und ihre Regierung in vorbildlicher Großzügigkeit getan haben. Wir fordern auch wieder, wie wir schon vor drei Jahren beantragt haben, eine

dauernde Ausbildung für die Erwerbslosen. Die dafür bewilligten 18 Millionen dürfen nicht zerflattern, sondern müssen durch Initiative des Reichsinnenministeriums unter Heranziehung der Gewerkschaften und Kulturorganisationen planmäßig verwendet werden. Auf diese Weise werden wir die Arbeitslosigkeit nicht abhelfen, aber den Arbeitlosen die Kraft geben, die nicht nur geistig, sondern die versammlungsbegeistert Hand anlegt, vielleicht im Gedankens an eine andere Welt, aber jedenfalls im Bewußtsein der Verantwortung. (Anhaltender lebhafter Beifall und Handklatschen der Soz.)

Die Kommunisten bringen einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsinnenminister ein.

Abg. Hofmann-Stubisch (Soz.) empfiehlt Uebernahme des Schulanspruchs an den Bildungsausschuss. Ein Reichsgesetz, das Gewissensfreiheit und Elternrecht wahrt, muß endlich kommen. Die Lern- und Sportbewegung der Jugend soll noch mehr gefördert werden.

Die Beispredung wird abgelehnt. — Aus persönlichen Bemerkungen des Abg. Zörgler (Komm.) und des Oberregierungsrates Seeger vom Reichsinnenministerium ergibt sich, daß die Oberprüfstelle auf Verlangen der württembergischen Regierung 1928 den Film „Panzerkreuzer Potemkin“ nochmals geprüft, ihn aber ohne Kürzungen freigegeben hat.

Nach 19 Uhr wird die Wetterberatung auf Donnerstag 15 Uhr vertagt.

Friede in Indien.

Seit ihrem Amtsantritt im Juni 1929 hat die englische Arbeiterregierung auf innerpolitischem Gebiete eine Reihe von Entschlüssen erlassen, die auf eine



ferenz zweier und ausfindig ist und daß sie nie nicht befehlen würden. Macdonald ließ sich nicht beirren. Die Konferenz fand statt und zwar eben mit jenen Leuten der indischen Bevölkerung, die sich zur Teilnahme bereitwilligsten.

Dan der von sozialistischer Gesinnung getragenen Bereitwilligkeit der Labour-Regierung zu Konzeptionen fand die Konferenz innerhalb weniger Wochen zu einem positiven Ergebnis. Vergebens verlor die Schachmache Churchill die Definitivität Großbritanniens gegen die Nachgiebigkeit Macdonalds aufzulassen; selbst Baldwin mußte ihn desavouieren, weil das englische Volk über diesen Ausgang förmlich auftrat. Vergebens suchte er die Innenminister in Indien, das Erreichte zu verfeinern. Es war für die indischen Delegierten nach ihrer Rückkehr in die Heimat ein Leichtes, den inzwischen freigelegten Grund davon zu überzeugen, daß die jetzige Regierung Großbritanniens es mit Indien ehrlich meine und daß es ein unüberwindlicher Fehler wäre, das Erreichte abzulehnen. Wenige Tage der direkten Verhandlungen zwischen Gandhi und dem Bismarck haben genügt, um die scheinbar unüberwindlichen Gegensätze auszugleichen.

Wieder einmal hat bei diesen Verhandlungen die Arbeiterregierung bewiesen, daß sie sozialistisch denkt und handelt. Sie hat keinen übertragenermaßen Erfolg gefeiert, sondern weitgehende Konzeptionen an ihren bisherigen ererbten Gegner gemacht und diesen damit in die moralische Zwangslage verlegt, sich feinerweise nachgiebig zu zeigen. Alle kritischen Fragen sind auf diese Weise innerhalb weniger Tage aus der Welt geschafft worden. Der Whortt englischer und fremder Waren wird nicht mehr amtlich bekämpft, dafür nimmt Gandhi seinen Vorschlag zum Ausgangspunkt gegen die Befehle und die Behörden ausdrücklich zurück. Die Selbstregierung aus dem Meer wird nicht mehr unterjocht, das staatliche Sozialmonopol bleibt im übrigen aufrecht erhalten. Unter die Vergangenheit wird ein Schlußstrich gezogen, eine neue Ära kann beginnen.

Es ist die Bahn frei gemacht für eine allmähliche, friedliche Entwicklung Indiens zu einem völlig unabhängigen Reich. Der ausfindigste Traum einer gewaltlosen Befreiung Indiens und seiner sofortigen religiösen Beseitigung vom Britischen Reich, die gar nicht einmal im Interesse der indischen Völker und der übrigen Welt liegen würden, ist verfehlt; denn aber auch die Befehle eines Bergvereinsstempels auf Leben und Tod, wie ihn eine fanatische Regierung zweifellos herausgeschrien hätte. Der Kampf um die Zukunft Indiens geht selbstverständlich weiter.